

# Kommentierungen zum CSU-Grundsatzprogramm „Die Ordnung“

---

*S. 10 „Wir wollen außerdem das Kindersplitting bei der Steuer, zusätzlich zum bestehenden Ehegattensplitting, damit gerade auch Paare mit Kindern und Alleinerziehende profitieren.“*

Familien mit Kinder angesichts der demographischen Entwicklung gegenüber Single-Haushalten zu begünstigen ist prinzipiell gut. Es gibt noch andere Modelle, mit denen man diesen Vorschlag auf Vor- und Nachteile abgleichen könnte, aber die Richtung stimmt.

*S. 18f. „Wir treten für faire Besteuerung ein. Das Steuerrecht hat den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft zu folgen. Es muss leistungs- und investitionsfreundlich, gerecht und möglichst einfach sein. Wir stehen für eine Besteuerung nach Leistungsfähigkeit. Menschen mit höherem Einkommen haben mehr zum Gemeinwesen beizutragen als Menschen mit geringerem Einkommen. Umgekehrt muss aber auch gelten: Wer mehr leistet, soll auch mehr zur eigenen Verfügung haben. Wir sind für eine faire Besteuerung von Einkommen aus Arbeit und Kapital. Versteckte Steuererhöhungen – wie die Kalte Progression – lehnen wir ab. Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt. Sie schädigt die Gemeinschaft. Steuerhinterziehung muss konsequent verfolgt, Steuerschlupflöcher müssen wirksam geschlossen werden.“*

Eine zentrale Passage! Die Frage ist, was unter „Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft“ und dem „Prinzip der Leistungsfähigkeit“ verstanden wird. Hier ist bei der CSU das deklarative Bekenntnis von der realen Politik zu unterscheiden: Die Praxis der Politikgestaltung in Bayern sowie über den Bundesrat und in der Koalition deutet auf eine fortgesetzte Politik zugunsten der Reichen, ebenso der Steuervollzug in Bayern. Dies machen etwa die Interventionen zur Erbschaftsteuer oder die Ergebnisse des Forschungsberichts „Steurgerechtigkeit und Armut“ mehr als deutlich. Ein Kampf gegen die Kalte Progression ist in Ordnung, die Mindereinnahmen müssten freilich querfinanziert werden, darüber schweigt das Programm. Zu den Aussagen zur Steuerhinterziehung: Hier hat Bayern tatsächlich einen guten Ansatz über die SKS, ebenso wird hier erfreulich Personal zugewiesen, aber: Diese Sondereinheit kann nur dann effizient arbeiten, wenn andere Bereiche der Steuerverwaltung ebenso effizient sind und aufgrund ihrer allgemeinen Tätigkeit Verdachtsfällen auf die Spur und der SKS melden kann. Was das Schließen von Steuerschlupflöchern betrifft, so ist dies korrekt: Was nützen Kontrollen bei Starbucks in München, wenn Starbucks in den Niederlanden ganz legal Steuern vermeiden kann. Hier wäre mehr Engagement, auch per Druck auf die Bundesregierung, zu wünschen.

*S. 23 „Vermögensaufbau muss möglich sein. Wir wollen, dass jeder durch eigene Arbeit Eigentum erwerben und Vermögen aufbauen kann. Das ermöglicht Teilhabe an der Wohlstandsentwicklung. Eigentum bedeutet Sicherheit. Gerechte Steuer- und Vorsorgepolitik belohnt Eigenverantwortung, Leistung und private Vorsorge. Gerade für Familien muss der Erwerb von Wohneigentum möglich sein. Wir treten deshalb für ein Baukindergeld ein.“*

Auch hier gilt: Die Botschaft hör ich wohl. Fakt ist, dass Haushalte in den untersten Dezilen der Bevölkerung gar keine Möglichkeit haben, Vermögen zu bilden, da die hohen Lebenshaltungskosten in Bayern eher in Schulden als in Sparguthaben führen, siehe nachfolgende Tabelle:

**Tabelle 1 Einkommen und Ausgaben von Haushalten nach Kategorien - unterstes und oberstes Dezil**

Dezil	Monatl. Nettoeinkommen in Euro	Ausgaben für			
		Lebenshaltung	Soziale Teilhabe	Geldvermögensbildung	Sonstiges
1. Dezil	729	84,7	47,5	-23,5	-8,8
10. Dezil	6.221	20,2	28	16,1	35,7

Quelle 1 (Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, 2012, S. 223)

Angesichts dieser Tatsachen müssten Niedrigverdienerhaushalten deutlich höher entlastet werden! Solche Erkenntnisse sind der CSU peinlich: Auf die Frage, ob vorstehende Tabelle auch aktualisiert existiert, antwortete ein Ministeriumsbeamter, dass eine solche Aktualisierung mangels Interesse seitens der Regierung nicht erfolgt sei. Und wohin es mit privater Vorsorge geht hat die 2007/2008er Weltfinanz- und Wirtschaftskrise gezeigt. Hier wird eher für einen Ausbau und Stärkung des gesetzlichen Solidarsystems plädiert.

*S. 24 „Der Sozialstaat muss tragfähig bleiben. Einen leistungsfähigen Sozialstaat kann es nur geben, wenn wir wirtschaftlich stark sind. Wir können für unseren Sozialstaat nur so viel ausgeben, wie wir erarbeiten. Es ist unmoralisch, unseren Kindern und Enkeln Schulden und Lasten aufzuerlegen. Soziale Sicherheit muss dauerhaft auf einem stabilen Fundament stehen. Wir setzen uns für eine zukunftsfeste Finanzierung der sozialen Sicherung ein. Zu ihren Elementen gehören Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, betriebliche und private Vorsorge sowie Steuerfinanzierung.“*

Auch hiergegen wenig Einwände, abgesehen von erneuter Kritik an privater Vorsorge.

*S. 31 „Souveränität wächst mit föderalem Wettbewerb. Wir wollen den Wettbewerb im Föderalismus wieder stärken. Die Länder sollen untereinander und mit dem Bund um die besten Lösungen konkurrieren. Dadurch schaffen wir echten Mehrwert für die Bürger. Hier sind vor allem die anderen Länder gefordert: Sie müssen ihre Aufgaben stärker wahrnehmen und den Wettbewerb der Länder annehmen. Dazu gehören auch die Möglichkeit der Regionalisierung von Steuern und ein fairer Länderfinanzausgleich. Leistung darf nicht bestraft, Haushaltsdisziplin muss belohnt werden.“*

Für die CSU beinhaltet dieser „föderale Wettbewerb“ also Wettbewerb um vorhandene Gelder, die Praxis von Steuerverwaltung UND Steuergesetze, weshalb Bayern beispielsweise für die Regionalisierung bestimmter Steuern und Steuersätze (Einkommen-, Erbschaft-, Grundsteuern) eintritt. Hier fragt das Forschungsprojekt „Steuergerechtigkeit und Armut“, ob dies noch mit den Grundzügen der Solidarität vereinbar ist, die hinter dem Anliegen des Länderfinanzausgleichs steht. Dass man Bayerns Kritik an der Verschwendungssucht anderer Länder auch anders sehen und begründen kann, geht aus der Handreichung „Länderfinanzausgleich: Behauptungen und Tatsachen“ der Finanzverwaltung Berlin hervor.<sup>1</sup> Insgesamt ist dies ein hochkomplexes Feld und es bleibt zu sehen, welche Auswirkungen die inzwischen erfolgte Föderalismusreform haben

<sup>1</sup> Zum Download unter

[http://www.berlin.de/imperia/md/content/senatsverwaltungen/finanzen/zentrales/leitung/lfa\\_tatsachen\\_und\\_behauptungen.pdf?start&](http://www.berlin.de/imperia/md/content/senatsverwaltungen/finanzen/zentrales/leitung/lfa_tatsachen_und_behauptungen.pdf?start&)

wird. Stellungnahmen der CSU zum Forschungsprojekt „Steuergerechtigkeit und Armut“<sup>2</sup> wecken darüber hinaus den Eindruck, dass die CSU Steuerwettbewerb nur dann ablehnt, wenn einheimische Firmen, etwa durch Steuergestaltungsmöglichkeiten internationaler Großunternehmen, benachteiligt werden. Aber: Steuerwettbewerb wird vom Forschungsprojekt „Steuergerechtigkeit und Armut“ sowohl national als auch international grundsätzlich abgelehnt, weil es ein staatliches Kontroll-, Regulierungs- und Ausgleichsinstrument gegen Marktmechanismen ist, die, wenn sie sich selbst überlassen sind, schon mal aus dem Ruder laufen. Anders gesagt: Steuerpolitik ist, ganz im Sinne der CSU (siehe oben, S. 18), ein Instrument der sozialen, nicht der freien Marktwirtschaft.

## Literaturverzeichnis

Alt, J. (2016). *Wir verschenken Milliarden - Erkenntnisse aus dem Forschungsprojekt "Steuergerechtigkeit und Armut"*. Würzburg: Echter.

Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung. (2012). *Dritter Bericht der Staatsregierung zur sozialen Lage in Bayern*. München.

---

<sup>2</sup> Siehe auf Webpage <http://www.taxjustice-and-poverty.org/results/germany/resources/fragenkatalog.html>